

Pressemitteilung vom 21.06.2010

Freie Wähler setzen sich im Bayerischen Landtag für Schaffung eines Freiwilligen Politischen Jahres ein

Tanja Schweiger: Jugendlichen Freude an politischer Arbeit vermitteln

München/Regensburg (hh). Die Fraktion der Freien Wähler im Bayerischen Landtag setzt sich für die Schaffung eines Freiwilligen Politischen Jahres in Bayern ein. Tanja Schweiger, MdL aus Pettendorf, sagte, die Freien Wähler forderten die Staatsregierung auf, bei Landkreis- und Stadtverwaltungen, bei den Fraktionen des Bayerischen Landtags, bei politisch aktiven Vereinen und Initiativen sowie politischen Stiftungen und weiteren Einrichtungen der überparteilichen Bildung dafür zu werben, dass Plätze für ein Freiwilliges Politisches Jahr zur Verfügung gestellt werden. „Wir müssen uns der unbequemen Wahrheit stellen, dass die Wahlbeteiligung auch im Freistaat immer weiter zurück geht und junge Menschen immer weniger Interesse an Politik zeigen. Durch ein Freiwilliges Politisches Jahr möchten wir das Verständnis von und für Politik aktiv fördern, Einblicke in politische Prozesse, in Strukturen, Aufgaben und Arbeitsabläufe ermöglichen und die Zusammenarbeit junger Menschen mit politischen Akteuren konkret werden lassen.“ Zudem verspricht sich Tanja Schweiger von einem Freiwilligen Politischen Jahr ein aktives Mitwirken an der Gestaltung des Gemeinwesens sowie eine Förderung von Respekt und Toleranz junger Menschen anderen Haltungen und Meinungen gegenüber.

Die Freien Wähler verweisen in ihrer parlamentarischen Initiative auch auf positive Beispiele aus anderen Bundesländern: „Sachsen hat bereits vor sechs Jahren mit einem Freiwilligen Sozialen Jahr im Bereich Politik begonnen und damit so viel Erfolg gehabt, dass es mit Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen bereits vier Nachahmer gefunden hat.“ Umfragen, so Tanja Schweiger weiter, zeigten, dass junge Menschen nach einem sinnvollen Betätigungsfeld suchten: „Die jüngste Shell-Jugendstudie weist beispielsweise aus, dass drei Viertel aller Jugendlichen ihre Freizeit oft oder gelegentlich für soziale bzw. gesellschaftliche Zwecke nutzen, zum Beispiel in Umweltorganisationen oder Bürgerinitiativen. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Politik junge Menschen auch genau dort ‚abholen‘ und für eine freiwillige politische Tätigkeit gewinnen kann – diese Chance sollten wir jetzt ergreifen.“

Die Abgeordnete Tanja Schweiger forderte die Staatsregierung erst jüngst mit ihrer Fraktion dazu auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) für die jeweiligen Einsatzstellen und Träger wieder umsatzsteuerfrei wird. Die Einführung der UST-Pflicht im Sommer 2009 sorgte für große Komplikationen bei den Sozialverbänden.